



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag

**Ein langfristiges Energiekonzept muss Versorgungssicherheit,
Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz berücksichtigen!**

- Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/2731

87. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 24. März 2006

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Für den 3. April hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Energiegipfel geladen. Ich möchte vorweg eines klarstellen: Wir begrüßen diesen Energiegipfel ausdrücklich. Er ist nötiger denn je. Die Energieversorgung ist eines der zentralen Felder, auf denen bereits heute erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die alte Bundesregierung, meine Damen und Herren, hat sich in Fantastereien verheddert und außer einer immer stärkeren Belastung für die Menschen in Deutschland schlicht und einfach nichts zustande gebracht.

Der Kernpunkt der Energieversorgung muss ein technologieoffener Energiemix sein. Dabei soll jeder Energieträger eine Chance erhalten. Er muss sich an drei Kriterien messen lassen: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Wir müssen leider feststellen, dass Deutschland dieses Dreieck der Energieversorgung in den vergangenen acht Jahren rot-grüner Bundesregierung verlassen hat. Es ist einseitig vermeintlich zugunsten der Umweltverträglichkeit eine Politik der ideologischen Scheuklappen betrieben worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Einführung der Ökosteuer war und ist ein historischer Fehler. Sie hat bereits heute tausende von Arbeitsplätzen gekostet, und anstatt die gesetzliche Rentenversicherung gründlich zu reformieren, ist sie auch noch von den Einnahmen aus der Ökosteuer abhängig gemacht worden. Damit haben SPD und Grüne der jungen Generation gleich doppelt geschadet.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Energiewelt in Gut und Böse unterteilt, ohne jede Rücksicht auf die Realität. Mit dem Beschluss, aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie auszusteigen, hat man sowohl den Klimaschutzanstrengungen Deutschlands - das sollte für Grüne besonders interessant sein - als auch den Menschen in unserem Lande einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Meihnsies?

Christian Dürr (FDP):

Meihnsies? - Aber gern, Herr Kollege Meihnsies.

Andreas Meihnsies (GRÜNE):

Herr Kollege Dürr, können Sie belegen, in welchen Bereichen die Ökosteuer Arbeitsplätze gekostet hat, und ist Ihnen bekannt, dass energieintensive Betriebe von der Ökosteuer befreit sind?

Christian Dürr (FDP):

Das ist mir sehr wohl bekannt, Herr Kollege Meihnsies. Es wäre schön, wenn sich die Grünen nicht immer nur um die Großindustrie kümmern würden, sondern auch um den Mittelstand in Deutschland. Dort sind die Arbeitsplätze verloren gegangen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eines will ich an dieser Stelle noch ganz deutlich sagen: Ich habe es für einen großen Fehler der Energieversorger gehalten, dass sie dem so genannten Atomausstieg zugestimmt haben. Sie haben bei dieser Entscheidung das Wohl ihrer Kunden nicht im Blick gehabt.

(Andreas Meihnsies [GRÜNE]: Das war eine gute Entscheidung!)

Von daher ist es auch ein Fehler der neuen Bundesregierung, dieses Thema beim Energiegipfel am 3. April auszuklammern. FDP und CDU hier im Landtag fordern mit Nachdruck, dass wir uns die Option der friedlichen Nutzung der Kernenergie offen halten müssen. Das, meine Damen und Herren, muss ein Thema beim Energiegipfel in Berlin sein.

(Beifall bei der FDP)

Es stellt sich nämlich nicht die Frage, ob wir erneuerbare Energien oder die Kernenergie haben wollen; denn wir werden beides brauchen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Anneliese Zachow [CDU]: Genauso ist es!)

Genauso wie die erneuerbare Energie muss aber auch die Kernenergie die Möglichkeit haben, sich weiter zu entwickeln. Dazu zählt auch die Forschung im Bereich der Kernfusion. Das ist eben schon angesprochen worden. Wir dürfen solche Chancen für eine sehr effiziente Energienutzung nicht einfach an uns vorbeiziehen lassen. Dass Sicherheit dabei an allererster Stelle steht, ist selbstverständlich. Gerade weil wir in Deutschland in diesem Bereich noch führend in der Sicherheitstechnik sind, dürfen wir diese Technologien nicht einfach verbieten. Das ist eine schlichte Frage von Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Man muss nur einmal zu unseren europäischen Nachbarn schauen. Dort wird das deutsche Vorgehen einfach nur noch mit einem Kopfschütteln begleitet und quittiert. Es gibt einen netten Spruch, den ich Ihnen an dieser Stelle einmal kundtun möchte. Er lautet: Atomkraftgegner überwintern bei Dunkelheit mit kaltem Hintern. - Meiner Meinung nach bringt dieser Spruch das Problem auf den Punkt.

(Andreas Meihies [GRÜNE]: Dümmer kann es ja wohl wirklich nicht mehr sein!)

Es geht also nicht um ein Entweder-oder. Die wirtschaftliche Nutzung der erneuerbaren Energien ist schon deshalb ein Gebot, weil die fossilen Träger endlich sind. Die Verbrennung von Gas und Öl ist auch deshalb nicht zukunftsfähig, weil wir Gas und Öl für die Herstellung von Produkten brauchen. Wir dürfen diese Stoffe nicht einfach nur verheizen. Es bringt aber auch nichts, die Probleme, die die wetterabhängigen erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne haben, einfach totzuschweigen. Ohne zuverlässige und vor allem wirtschaftliche Speichertechnologien wird es in Zukunft nicht mehr gehen.

Die jetzige Strategie, den Strom sofort und vorrangig ins Netz einzuspeisen, ist sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich irrsinnig. Durch die vorrangige Einspeisung der Windenergie haben wir schon heute in Niedersachsen erhebliche Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Im Rahmen der notwendigen Erneuerung des deutschen Kraftwerkparks wird Niedersachsen bei den jetzigen Rahmenbedingungen leider den Kürzeren ziehen. Dieses Problem dürfen wir nicht unterschätzen.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter, einen Augenblick! – Meine Damen und Herren, jetzt kann jeder dem Redner zuhören.

Christian Dürr (FDP):

Wir haben in Niedersachsen eine Reihe von energieintensiven Unternehmen, die von bezahlbarem Strom aus Kraftwerken abhängig sind. Erste Auswirkungen haben wir in Stade bereits bemerkt. Es geht hier sehr konkret, meine Damen und Herren von der Opposition, um Arbeitsplätze in Niedersachsen, die durch Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit seinem Vorrang für die Windenergie gefährdet werden.

(Andreas Meihies [GRÜNE]: Nein, gut gefördert!)

Ob Sie es wollen oder nicht, dafür tragen Sie die Verantwortung aus Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Da Sie, meine Damen und Herren von der SPD, dieses Problem immer wieder bestreiten, werde ich gleich aus einem Interview mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 17. März zitieren, das mit dem Chef eines Unternehmens geführt worden ist, das relativ unverdächtig ist, der FDP besonders nahe zu stehen. Michael Feist, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Hannover AG, hat auf die Frage, warum Mehrum bei Peine nicht als Standort für ein neues Kraftwerk in Frage komme, neben anderen Gründen folgenden wirtschaftlichen Grund unterstrichen:

„Zum anderen macht uns im Norden die Windenergie zu schaffen. Aufgrund der Gesetzeslage dürfen Windkraftanlagen ihren Strom mit Vorrang ins Netz einspeisen. Wenn also der Wind kräftig bläst, müssen die Kraftwerksbetreiber ihre Anlagen herunterfahren. Das verringert die Auslastung eines Kraftwerks um bis zum 20 %.“

Ich teile diese Einschätzung von Herrn Feist ausdrücklich. Er hat sich im Übrigen leider für einen Standort in Hessen entschieden. Es stellt sich die Frage, ob die SPD das auch tut. Ich meine nicht, sich für einen Standort in Hessen zu entscheiden; da wären wir doch ein bisschen traurig. Mir geht es darum, ob die SPD die Einschätzung von Herrn Feist teilt. Immerhin ist Ihr Kollege Walter Meinhold - ich weiß nicht, ob er im Moment im Saal ist – Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Hannover AG. In Richtung der SPD kann ich nur sagen: Hören Sie auf die Worte von Herrn Feist!

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Wir wissen also, dass uns das EEG massive Probleme bereitet. Vor allem leisten wir uns in Deutschland den Luxus, gleich zwei Instrumente parallel einzusetzen. Wir haben den Emissionshandel auf Basis des Kyoto-Protokolls, der eine bestimmte Menge an CO₂-Emissionen einschließlich des Strombereichs festlegt. Daneben haben wir das EEG, das die Netzbetreiber zwingt, den Strom aus erneuerbaren Energien zu einem bestimmten Preis abzunehmen und einzuspeisen. Die Wahrheit

ist: Durch das EEG wird in der Summe kein einziges Gramm an CO2 eingespart. Es wird so viel CO2 ausgestoßen, wie es Lizenzen im Rahmen des Emissionshandels gibt. Wenn durch die EEG Stromeinspeisung diese CO2-Lizenzen für teures Geld gespart werden, dann können sie an anderer Stelle, auch im Ausland, genutzt werden. Die deutschen Verbraucher subventionieren mit ihren hohen Strompreisen CO2-Emissionen im Ausland. Das ist die Wahrheit. Das sage nicht ich, sondern das sagt der Sachverständigenrat des ehemaligen Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen daher weg von staatsdirigistischen Instrumenten und hin zu mehr Markt. Wir brauchen alle Energieträger gleichermaßen und dürfen nicht durch eine interventionistische Politik nach Gutsherrenart in einen Markt eingreifen, für den wir stattdessen auf klare Rahmenbedingungen setzen sollten, damit wir für Ökonomie und Ökologie das Beste herausholen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen, der bei energiepolitischen Debatten von der Opposition immer wieder ins Feld geführt wird. Es wird behauptet, dass die Liberalisierung des Strommarktes zulasten des Wettbewerbs gegangen sei. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren: Die Preise sind gesunken und wären ohne die zusätzlichen Belastungen aus der rot-grünen Regierungszeit heute noch unter dem Niveau aus der Zeit vor der Liberalisierung.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Erst Rot-Grün hat versucht, den Wettbewerb auszuschalten. Durch die Ministererlaubnis zur Fusion von E.ON und Ruhrgas haben Ihre Parteifreunde in Berlin dazu beigetragen, dass es im Strom- und Gasmarkt weniger Wettbewerb gibt. Dies war eine Entscheidung zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wer so etwas tut, handelt unredlich, wenn er sich gleichzeitig den Verbraucherschutz ans Revers heftet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

[...]

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie oft ich heute schon den Appell an Sie gerichtet habe, ruhig zu sein. Herr Dürr, auch Sie erhalten nach § 71 Abs. 3 eine zusätzliche Redezeit von zwei Minuten.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Herzlichen Dank für die zusätzliche Redezeit. Die brauche ich auch; denn ich muss hier eine Sache klarstellen, die von der Opposition wieder einmal ganz bewusst falsch dargestellt wird.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern es geht darum, dass wir beides brauchen: Wir brauchen die erneuerbaren Energien, und wir brauchen auch die anderen Technologien. Das ist der eigentliche Punkt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Schack, wenn man das Lobbyblatt der entsprechenden Branche zurate zieht, findet man natürlich sehr schnell die entsprechenden Antworten.

(Beifall bei der FDP - Klaus-Peter Dehde [SPD]: Das ist so, als wenn Minister Sander zum Atomforum gehen würde!)

Das wäre so, als wenn ich aus dem *Kernenergieforum* zitieren würde. Dies tue ich aber nicht, Herr Kollege Dehde.

Meine Damen und Herren, am Ende geht es einzig und allein um Frage - ich hätte mich darüber gefreut, wenn wir die Entscheidung heute ganz öffentlich hier getroffen hätten -, ob wir einen deutschen Alleingang wollen oder ob wir, eingebettet in eine europäische Strategie, für den technologieoffenen Energiemix kämpfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da der Energiegipfel bereits am 3. April stattfindet, möchte ich mein Bedauern darüber sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass die SPD-Fraktion die Ausschussüberweisung beantragt. Der Umweltausschuss soll dabei federführend sein. Dies begrüße ich natürlich, weil wir ja den Energiebereich besprechen.

Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass, wenn es hier zum Schwur kommt, auch die SPD-Fraktion vor aller Öffentlichkeit sagt, wie sie zu dieser Sache steht. Dass dies nicht passiert, finden wir traurig. Wenn Sie uns erneut die Hand reichen wollen, meine Damen und Herren, nehmen wir sie gerne. Wir können gerne zu einer Abstimmung kommen, aber Sie drücken sich davor. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 87. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 05.04.2006